

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Derbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schöfer, Düsseldorf, Konforbistraße 7.
Bestell- und Versandt: Joh. van Nieuw, Düsseldorf, Luth. Kirchstraße Nr. 63-66.
Telefon: 4592.

Druckerei: Düsseldorf, Konforbistraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.



Glied eines Ganzen!

„Das nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsauswallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortrages verhallt, das Wort einer Schrift wird übertönt von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest Organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch, was bedarf es der Worte? Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.“
Adolf Damaschke.

Die Entlohnungsarten in der Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Mindestlohnes.

In der Textilindustrie besteht ein großes Durcheinander in den Entlohnungsarten. Dieser Zustand wird von den Arbeitern besonders unangenehm und nachteilig empfunden. Die Kriegszeit hat zu dem eine „neue“ Entlohnungsart in die Erscheinung treten lassen, nämlich die Entlohnung unter Zugrundelegung eines Mindestlohnes.

Die Mindestlohnfrage

Ist infolge der gegenwärtigen besonderen Verhältnisse in der Textilindustrie nicht nur zur Diskussion gestellt, sondern, infolge des Vorgehens der Textilarbeiterverbände, in einigen Bezirken auch zur praktischen Durchführung gekommen.

Siegen doch die Verhältnisse z. B. in der Textilindustrie so, daß der in Akkord beschäftigte Weber, Spinner u. vielfach Material zugewiesen bekommt, welches sich nur sehr schwer und schlecht verarbeiten läßt. Die noch vorhandenen wenigen Textilrohstoffe sind meistens gemischt, und die erfreulicherweise sich entwickelnde Ersatzstoffindustrie sucht und tastet zum großen Teil noch nach verbesserten Verarbeitungsmethoden. Dieselben Garnnummern und Garnqualitäten sind in der Verarbeitung bei weitem nicht dieselben. Einigermaßen stabile Verdienstmöglichkeit gibt es für den Akkordarbeiter bei den jetzigen Verhältnissen nicht. Der Akkordlohn läßt sich vielfach den wechselnden Verhältnissen nicht entsprechend anpassen, abgesehen davon, daß die Arbeitgeber bei Verarbeitung von schlechtem Material auch einer entsprechenden Erhöhung des Akkordlohnes meist ablehnend gegenüberstehen. So ergeben sich denn die größten Schwankungen in den Löhnen, und diejenigen, welche infolge Verarbeiten schlechten Materials sich am meisten anstrengen müssen, verdienen am wenigsten. Uns sind wiederholt Fälle bekannt geworden, wo z. B. Weber bei angestrengter Arbeit wochenlang nicht mal die Hälfte ihres früheren Lohnes verdienen. Ein großer Teil ihrer Mitarbeiter, welcher besseres Material hatte und infolgedessen leichter arbeiten konnte, verdiente mindestens das Doppelte. Daß dieses unhaltbare Zustände sind, wird jeder unbefangene Beurteiler zugeben müssen.

Die einfachste und glatte Lösung dieses, stete Unruhe erzeugenden Zustandes, ist die Einführung eines Mindestlohnes, der dem einzelnen Arbeiter, bei den schwankenden Verhältnissen eine Mindestgrenze im Verdienst sichert. Bekanntlich sind in Süddeutschland diese Mindestlöhne in der Papiergarnindustrie eingeführt.

Die Arbeitgeber setzen der Einführung der Mindestlöhne überall großen Widerstand entgegen. Sie behaupten, daß die Leistung des einzelnen Arbeiters durch die Gewährung der Mindestlöhne zurückgehe; der Einführung der Mindestlöhne müsse die Sicherung einer Mindestleistung durch die Arbeiter gegenüberstehen. Daß durch die Einführung der Mindestlöhne die Leistung des Arbeiters zurückgeht, ist eine bis jetzt unbewiesene Behauptung. Das Wort Mindestlohn sagt schon, daß dem Arbeiter damit unter ungünstigen Arbeitsbedingungen ein Minimum gesichert sein soll. Der Normalzustand soll sein, daß der Arbeiter mehr verdient, als der Mindestlohn beträgt. Die im allgemeinen niedrigen Mindestlohnsätze, welche z. B. in Süddeutschland bestehen, können trotz der kürzlich erfolgten Erhöhung, keinen Anspruch mehr darauf machen, ein Existenzminimum darzustellen. Setzt der Arbeitgeber die Akkordlöhne so — und so sollte es sein —, daß bei einigermaßen normalen Verhältnissen, die Arbeiter im Verdienst wesentlich über den Mindestlohn hinauskommen können, dann strengt sich jeder Arbeiter, schon in seinem eigenen Interesse an, das Möglichste an Verdienst herauszuholen. Wenn aber die Arbeitgeber die Akkordlohnsätze so stellen, daß die Arbeiter nur selten über den Mindestlohn hinauskommen können, läßt sich die Gefahr nicht ohne weiteres von der Hand weisen, daß die Arbeiter dann an der Mehrleistung kein großes Interesse haben. Die gegenwärtige starke Bekämpfung der Mindestlöhne durch die Arbeitgeber legt die Vermutung nahe, daß die Arbeitgeber die Mindestlöhne gleichzeitig als Höchstlöhne angesehen haben möchten. Das entspricht aber weder der Ursache, noch dem ganzen Zweck der Einführung der Mindestlöhne. — Nun zu der

Garantie einer Mindestleistung.

Eine Mindestleistung kann der Textilarbeiter bei den jetzigen Verhältnissen gar nicht garantieren. Sie scheitert einfach an den Materialverhältnissen. Es ist bereits betont worden, daß diejenigen Arbeiter, welche schlechtes Material verarbeiten, meistens mehr Arbeit leisten, wie die anderen Arbeiter. Die Produktionsmenge bleibt natürlich zurück, während die Arbeitsmenge, bezw. die Menge der Arbeitshandlungen, größer ist. Wie soll dann unter solchen Verhältnissen eine Mindestleistung, welche die Arbeitgeber doch nur nach der Produktionsmenge bemessen wissen wollen, garantiert werden können? Sie ist einfach unmöglich! — Ueberhaupt, um das nur nebenbei zu erwähnen, wird von den Arbeitgebern oft — zu ihrem eigenen Schaden — lediglich nach der Produktionsmenge gesehen. Niedrige Akkordsätze und Treibsysteme fördern keine Qualitätsarbeit. Es gibt Arbeiter, welche hinsichtlich der Quantität hinter anderen Akkordarbeitern zurückbleiben, in der Qualität aber allen voraus sind. Zusammenfassend sei nochmals betont, daß die Einwände der Arbeitgeber gegen die Mindestlöhne, besonders mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse in der Textilindustrie, zum allergrößten Teil unzutreffend sind.

Unerhört!

Was manche Kreise dem Arbeiterstande heute zu bieten wagen, übersteigt alles bisher dagewesene Maß. Jetzt muß die angekündigte Kleiderbeschlagnahme, gegen deren Form, in der sie beabsichtigt sein soll, sich gewiß manches einwenden läßt, herhalten, um den Arbeiterstand anzupöbeln. Der „Berliner Lokalanzeiger“, dessen Ausführungen von anderen Tageszeitungen, anscheinend mit Behagen, wieder übernommen wurden, schrieb dazu:

„Die Kleiderabgabe bleibt eine ungerechte Sache. Wie kommt man dazu, uns die Kleider vom Leibe zu ziehen, um sie Munitionsarbeitern mit zwei Mark Stundenlohn anzuziehen? Die Herren sind doch gewiß in der Lage, sich selbst zu versorgen. Man sieht sie kaum anders als mit Zigarre oder Zigarette im Munde einher-schreiten, sie amüsieren sich im Cafe und Kino und trinken Sekt. Sonntags paradien sie in ihrer Art sehr elegant einher. Auf der Bahn fahren sie standesgemäß zweiter Klasse. Sollten sie sich nicht auch ihre Arbeitskleider selber kaufen?“

„Allgemein empfindet man es als höchst ungerecht, daß der Mittelstand, der es so wie so schon so schwer hat in diesem Kriege, andererseits aber — um Stellung zu finden und zu behalten — auf Aeußeres mehr halten muß als die Arbeiter, auch noch für diese seine Kleider hingeben soll. Warum kann sich denn überhaupt der Arbeiter seine Kleider nicht selbst beschaffen? Er ist neben den Kriegsgewinnlern der Einzige, der in diesem Kriege viel Geld verdient. Die Leute sitzen in Weinhandlungen herum, trinken teure Weine mit mehr oder weniger Verstand und benehmen sich so, daß die großen und bedeutenden Weinrestaurants lediglich aus diesem Grunde des Sonntags ihre Lokale schließen. Und für diese gut verdienenden Leute soll nun noch der weniger Bemittelte seine Garderobe hergeben? Ist es denn unbedingt nötig, daß der Arbeiter von hinten und vorne mit Schokolade begossen wird? Sein Recht muß und soll ihm ja selbstverständlich werden. Aber Wohlthaten auf Kosten des Mittelstandes braucht er gegenwärtig doch eigentlich nicht.“

Das ist denn doch mehr, als auf eine Kuhhaut geht. Gegen die Millionen, welche von Kriegslieferanten verdient werden, hören wir kein Wort sittlicher Entrüstung. Gegen die verderbliche Moral des Wuchers, der unlauteren Geschäftsmacherei u., wird kein Einspruch erhoben, dagegen den Arbeitern vorgeworfen, daß sie sich derart unanständig benehmen, daß die bedeutenden Weinrestaurants deswegen ihre Lokale Sonntags schließen. Der hohe Verdienst einiger weniger Arbeitergruppen, wird in der übertriebenen, hekerischen Weise genannt, um die Arbeiter in einem Atemzuge den Kriegsgewinnlern gleichzustellen. Kein Wort von dem Elend, in welchem hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen heute leben. Kein Wort von den, im Verhältnis zu den heutigen Lebensbedingungen, kärglichen Löhnen, welche heute noch in ganzen Industrien überwiegend gezahlt werden. Man braucht nur an unsere Textilindustrie zu erinnern. Wenn solcher Geist ein Kriegsergebnis sein soll, dann kann man sich noch auf allerhand gefaßt machen.

Es ist zur Zeit eine Vorliebe gewisser Kreise, den Mittelstand gegen die Arbeiter auszuspielen. Ob das im Interesse des Mittelstandes gelegen ist, mögen diese Kreise mit sich selber ausmachen. Zur Sache selbst muß aber gesagt werden, daß vielfach Klagen über die Lage des Mittelstandes laut werden, welche, in der allgemeinen Form, in welcher sie erhoben werden, vollständig unzutreffend sind. Gewiß geht es vielen Teilen des Mittelstandes schlecht im Kriege. Allgemein ist das aber keineswegs der Fall. Manche Gruppen des Mittelstandes, bezw. des Handwerks, wie Schmiedereien, Schlossereien, Stellmachereien u. sind meist gut und lohnend beschäftigt. Wieder andere Gruppen haben lohnende Heeresaufträge. Daß auch in Mittelstandskreisen manche „Kriegsgewinnler“ sind, soll nur nebenbei erwähnt werden. Folgendes sei hier noch besonders betont: Manche Volksbürokratien, wie auch Mitglieder der Einberufungsausschüsse für den vaterländischen Hilfsdienst, können aus Erfahrung reden. Wenn es sich um die Heranziehung mancher Mittelständler zum vaterländischen Hilfsdienst handelt, dann wird seitens der Betroffenen ein großes Klagegeschrei angestimmt über den gewaltigen Schaden der durch die Heranziehung

zum Hilfsdienst eintritt, und besonders hervorgehoben, daß der Verdienst beim Hilfsdienst in der Kriegsindustrie in gar keinem Verhältnis zu dem Verdienst im eigenen Geschäft stehe. — Nun kommt es ja auch ganz darauf an, welchen Maßstab man überhaupt beim Mittelstand anlegen will. Es treten dort manchmal sonderbare Begriffe zutage. Ein Professor Surinet aus München schrieb vor längerer Zeit in der „Rhein. Westf. Ztg.“ in einem Artikel über den wirtschaftlichen Niedergang des Mittelstandes, daß am schwersten jene Privat- und Staatsbeamten getroffen würden, deren Einkommen sich zwischen 8600 bis 12000 M. bewege. Man sieht daraus, daß manche beim Mittelstand keinen geringen Maßstab anlegen. Dagegen sind wir Arbeiter noch sehr bescheiden. Im übrigen noch eins: Wenn in der Munitionsindustrie zwei Mark Stundenlohn, und in der Kriegsindustrie überhaupt, so hohe Löhne verdient werden, dann muß es doch wunder nehmen, daß die „Hehrbrüder“ gegen die Arbeiterkriegsgewinnler und unanständigen Arbeiter, nicht selbst in die Munitionsindustrie gehen. Sie hätten dann auch den hohen Lohn und gehörten zu den „Kriegsgewinnlern“. Auf das Aeußere, worauf der Mittelstand nach dem „Berliner-Lokal-Anzeiger“ halten muß, kommt es jetzt während des Krieges nicht so sehr an. Die Hauptsache ist, daß geschafft wird, und daß wir durch rastloses Schaffen den Krieg zu einem möglichst guten Ende führen helfen.

Wir sind keine Gegner des Mittelstandes und erkennen ohne weiteres an, daß manche Kreise des Mittelstandes durch den Krieg schwer mitgenommen werden. Das hindert uns aber nicht, gegen solche unverfrorenen Hekerien und Uebertreibungen uns mit Entschiedenheit zur Wehr zu setzen.

Die Preisfrage für Papiergewebe.

Trotz der großen Fortschritte, welche in der Herstellung von Ersatzstoffen, speziell auch in Papiergeweben, gemacht sind, verhält sich das Publikum gegenüber den Papiergeweben im allgemeinen ablehnend. Da Papiergewebe für den Privatgebrauch zum großen Teil freigegeben, teilweise ohne Bezugsschein zu haben sind, wäre es für die Beschäftigung der Fasererzatzstoffe verarbeitenden Textilindustrie von sehr großer Bedeutung, wenn das Publikum nicht die große Zurückhaltung an den Tag legte.

Die Zurückhaltung des Publikums hat aber einen Hauptgrund und der ist zum wesentlichen in den hohen Preisen für Papiergewebe zu suchen. Die Preise sind zu hoch, besonders wenn man die Trag- und Haltbarkeit der Stoffe damit in Vergleich zieht. Die minderbemittelte Bevölkerung kann als Käufer für Papiergewebe, bei den jetzigen hohen Preisen, fast gar nicht in Betracht kommen. Da ist eine Milderung notwendig. Allerdings muß den Fasererzatzstoffe verarbeitenden Firmen eine lohnende Weiterarbeit und auch die Möglichkeit gegeben sein, den heutigen Verhältnissen angepasste Löhne zahlen zu können. Wie auf dem Gebiete der Preisfrage für Papiergewebe etwas Durchgreifendes geschehen kann, bedarf reiflicher Ueberlegung. Auf alle Fälle ist eine Senkung der Preise notwendig. Schließlich zwingen dazu die Noten auf dem Gebiete der Bekleidungsfrage überhaupt, und andererseits würde dadurch auch, infolge vermehrten Absatzes, eine bessere Beschäftigung der schwer darniederliegenden Textilindustrie herbeigeführt werden. — In letzter Zeit befassen sich auch andere Interessentkreise (Bekleidungsindustrieverbände, Handelskammern u.) mit dieser Frage. Hoffentlich wird dieselbe bald in praktischer Weise zum Nutzen der Allgemeinheit, wie auch zum Besten der Beschäftigung in der Industrie, gelöst.

Allgemeine Rundschau.

Die Kleiderabgabe und Beschlagnahme
für die Rüstungsarbeiter begegnet vielfachem Widerspruch. Manche Einwände sind unberechtigt. Eine Beschlagnahme sollte vor allen Dingen diejenigen treffen, welche über wirklich

große Kleidervorräte verfügen. Wenn, wie es heißt, derjenige, der mehr wie zwei oder drei Anzüge hat, einen abgeben soll, dann behält derjenige, der 20 Anzüge hat, noch 19, während der andere von verhältnismäßig geringen Vorräten gleich viel abgeben muß. Eine Abgabe in dieser Form ist also wirklich zu beanstanden.

Wir als Textilarbeiter haben aber zu der Frage noch etwas Besonderes zu sagen. Die Beschlagnahme soll zu Gunsten der Rüstungsarbeiter erfolgen. Nun ergibt sich die Frage: Gelten auch die Textilarbeiter als Rüstungsarbeiter? Hinsichtlich der Gewährung der Lebensmittelzulagen sind die Textilarbeiter vielfach nicht als in der Rüstungsindustrie tätig anerkannt worden. Dieser Standpunkt läßt sich aber in der Frage der Versorgung mit Kleidungsstücken nicht aufrecht erhalten, abgesehen davon, daß die Beschlagnahme selbst deutlich die Kriegswichtigkeit der Textilindustrie dartut. Wenn die Textilarbeiter auch selbst die Kleiderstoffe herstellen, so sind sie doch von allen Arbeitergruppen am wenigsten in der Lage, sich die nötige Kleidung zu beschaffen. Der Verdienst der Textilarbeiter bleibt gegenüber dem Verdienst anderer Arbeitergruppen ganz erheblich zurück. Wir müssen daher erwarten, daß eine Kleiderbeschlagnahme zu Gunsten der Rüstungsarbeiter, unter Einbeziehung der Textilarbeiter unter den Begriff „Rüstungsarbeiter“, erfolgt.

Verteuertes Brot.

Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Getreidepreise vorgenommen. Dieselbe beträgt für Roggen und Weizen 35 M. die Tonne, und für Hafer und Gerste 30 M. die Tonne. Auch die Frühbruschprämie ist wesentlich erhöht worden. Es ist bekannt, daß die landwirtschaftlichen Organisationen schon seit langer Zeit eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verlangten. Diesem Verlangen hat man nun in Bezug auf die Getreidepreise stattgegeben. Für die Verbrauchermassen bedeutet das eine Vertéuerung des Brotes. Wir können die Preissteigerung nicht als gerechtfertigt ansehen. Es gibt kaum einen Stand, dessen Arbeit so lohnend bezahlt wird, wie die Landwirtschaft. Ständig neue Preissteigerungen, welche die Massen der Verbraucher aufbringen müssen. Das geht auf die Dauer kaum so weiter. Hinzu kommt, daß die innerpolitische Situation schon sowieso sehr gespannt ist. Hier sind es besonders die Vertreter des Großgrundbesitzes, welche sich rücksichtslos über die Wünsche der breiten Volksmassen hinwegsetzen. Man braucht nur an die Behandlung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus zu erinnern. Sodann sind es vor allem auch landwirtschaftliche Kreise, welche sich in Entrüstung über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ und die „hohen Arbeiterlöhne“ nicht genug tun können. Das alles hat eine erbitterte Stimmung in Arbeiterkreisen ausgelöst. Es ist nicht abzusehen, was werden wird, wenn dem Verlangen landwirtschaftlicher Kreise nach höheren Preisen stets wieder nachgegeben wird. Wir kommen schließlich dahin, daß die Verbrauchermassen nicht mehr durchzukommen wissen. Besonders bei den Löhnen in der Textilindustrie haben wir allen Grund, darauf hinzuweisen. In der Verbesserung ihrer Lebenslage erfahren die Textilarbeiter bei ihren schlechten Verhältnissen die allergrößten Schwierigkeiten. Die ständig erhöhten Preise schaffen für uns eine Situation, die geradezu unerträglich geworden ist.

Höchstpreise für Holzschuhe.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat für Holzschuhe, die aus einem Stück hergestellt sind, neue Höchstpreise festgesetzt. Die Kleinhandelspreise stellen sich wie folgt: Hohe Form: Männer 6,80, Frauen 5,—, Schüler 3,75, Kinder 2,90. Niedere Form ohne Riemen und Rissen: Männer 5,60, Frauen 3,95, Schüler 2,95, Kinder 2,25 Mark. Niedere Form mit Riemen: Männer 6,10, Frauen 4,40, Schüler 3,80, Kinder 2,55 M. Niedere Form mit Rissen: Männer 6,40, Frauen 4,70, Schüler 3,50, Kinder 2,70 M. Die Verwendung von Nadelholzern zur Herstellung von Holzschuhen, sowie das

Schwärzen und Lackieren der Holzschuhe ist verboten. Die Preise erhöhen sich bei Herstellung aus Buchenholz bei hoher Form um 55, 40, 30 und 25 Pfg., bei niederer Form um 50, 30, 25 und 15 Pfg.

Es handelt sich um Höchstpreise für Holzschuhe im Kleinhandel. Die Höchstpreise sind reichlich hoch und werden, wie die bisherige Erfahrung bestätigt, dort, wo sie es noch nicht sind, bald zu Normalpreisen werden. Man braucht hier nur, bei der meist fabrikmäßig hergestellten und vielfach nicht lange tragbaren Ware, ungefähr zu berechnen, was allein an Ausgaben für Holzschuhe bei einer größeren Familie erforderlich ist. Alles steigt! — Und wie steigen demgegenüber die Textilarbeiterlöhne?

Noch nicht genügend bekannt.

Jeder Hilfsdienstpflichtige, der bei seinem bisherigen Arbeitgeber ausscheidet oder seine Wohnung wechselt, muß dieses innerhalb drei Tagen dem zuständigen Einberufungsausschuß für den vaterländischen Hilfsdienst mitteilen. Ebenfalls ist die neue Tätigkeit unter Angabe der Firma, bezw. des Arbeitgebers, dem Einberufungsausschuß zu melden.

Die Hilfsdienstpflicht beginnt mit dem vollendeten 17. Lebensjahr und endet mit Abschluß des 60. Lebensjahres. Die Vollendung des 17. Lebensjahres hat der Hilfsdienstpflichtige ebenfalls dem Einberufungsausschuß durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten vorgeschriebenen Meldeliste zu berichten. Am besten geschieht das durch Vermittlung der zuständigen Hilfsdienstmeldestelle. — Wer die vorgeschriebenen Meldungen unterläßt, kann mit einer Geldstrafe bis zu 100 M. bestraft werden.

Bei den wechselnden Verhältnissen in der Textilindustrie kommen die männlichen Hilfsdienstpflichtigen leicht in Gefahr, gegen die Meldepflichten zu verstoßen und können dann in Strafe genommen werden. Da Unkenntnis nicht vor Strafe schützt, sei hier an die bestehenden Bestimmungen, welche übrigens in jedem Betriebe ausgehängt sein müssen, besonders erinnert.

Aus unserer Industrie.

Die Verwendung und die Aussichten der Papiergewebe

für die verarbeitende Industrie war das Thema, welches eine sehr stark besuchte Versammlung aller Interessenten-Verbände am 14. Juni in Berlin behandelte. Als Ergebnis dieser Versammlung ist die Annahme einer Entschliebung anzusehen, wonach die auf der Versammlung vertretenen Gruppen sich nicht der Notwendigkeit verschließen, an der weiteren Verwendung von Papiergeweben und sonstigen Ersatzstoffen mitzuwirken. Voraussetzung sei jedoch eine ganz erhebliche Verbilligung der Papiergewebe. Falls, und so lange dies nicht erreicht wird, müßten alle diesbezüglichen Bemühungen als zwecklos erscheinen. Auch die erleichterte Beschaffung von Papiergeweben wurde als Vorbedingung für den vergrößerten Absatz derselben hingestellt.

Verbrauch von Textilwaren in den verschiedenen Ländern.

Wie A. Kertesz in einem kürzlich erschienenen umfassenden Werke: „Die Textilindustrie sämtlicher Staaten“ (Braunschweig, F. Vieweg u. Sohn) ausführt, beträgt der jährliche Durchschnittsverbrauch pro Person an Textilwaren in Amerika 57,76 Mark, in Europa 37,98 Mark, in Asien und Australien 10,14 Mark, in Afrika 6,04 Mark. Die hohe Zahl für Amerika beruht aber im wesentlichen auf dem großen Verbrauch Nordamerikas, ohne die Vereinigten Staaten und Kanada beträgt der Verbrauch nur 19,02 Mark.

Aber auch sonst ist der Verbrauch in den einzelnen Ländern der Kontinente ungleich verschieden, je nach ihrem Kulturzustande. Er beträgt z. B. in:

Europa	Amerika
Frankreich . . . 66,22 M.	Ver. Staaten . . . 85,48 M.
Großbritannien 65,98 "	Kanada 66,47 "
Schweiz 64,42 "	Argentinien . . . 48,10 "
Deutschland . . . 58,92 "	Uruguay 31,71 "
Oesterreich- Ungarn 31,71 "	Kuba 21,75 "
Türkei 22,17 "	Mexiko 17,23 "
Rußland 20,33 "	Paraguay 8,50 "
Osten und Australien	Afrika
Straits-Settem. 65,51 M.	Deutsch-Südwest- afrika 41,85 M.
Japan 16,77 "	Ägypten 11,81 "
China 9,54 "	Deutsch-Ostafrika 2,09 "
Austral. Bund. 77,33 "	Belgisch Kongo . 0,48 "
Neu-Seeland . . . 82,58 "	

Aus unserer Bewegung.

Saints-Großpostwitz i. Sachsen.

Eine Lohnbewegung mit Hindernissen führten die Arbeiter der hiesigen Flachsgarnspinnerei von Grünher und Faltis. Am 13. Februar waren Forderungen eingereicht worden, die in dem Antrag auf Lohnerhöhung von 33 1/2% gipfelten. Die Betriebsdirektion lehnte Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern ab, sie wollte „mit ihren eignen Arbeitern verhandeln“. Aber auch das tat sie nicht. Den Arbeitern war inzwischen eine Teuerungszulage zugebacht worden, die aber nicht befriedigen konnte. Durch die Maßregelung von Vertrauensleuten des Verbandes war die Belegschaft derart in Erregung gebracht worden, daß die gesamte Bewegung ernsteren Charakter annahm. Die Kgl. Kreishauptmannschaft lud auf den 6. Juni die streitenden Parteien zu Verhandlungen ein, die mit dem Ergebnis endeten, daß die erwähnte Teuerungszulage auf den doppelten Betrag erhöht wurde und nunmehr beträgt: für Jugendliche beiderlei Geschlechts unter 16 Jahren 12 M., für weibliche Arbeiter 16 M., für männliche Arbeiter 20 M. monatlich. Außerdem sollen die Grundlöhne für Haspeler, Schwingler, Vorspinner und andere besonders ungünstig entlohnte Arbeiter angemessen heraufgesetzt werden.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Zu dem Vorschlag des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses betr. das Beitrags- und Unterstützungsverfahren möchte ich einige Bemerkungen machen: Die in § 4 des Vorschlages vorgesehene Karenzzeit von 104 Beitragswochen scheint mir zu hoch. Erkrankt z. B. ein Mitglied, welches 260 Beiträge geleistet hat, erhält es für vier Wochen Unterstützung (d. h. wenn die Krankheit so lange dauert), muß dann aber erst wieder 104 Beiträge entrichtet haben, ehe die Bezugsberechtigung wieder eintritt. Ein Mitglied aber, welches zur selben Zeit dem Verbands neu beiträgt, ist schon nach 52 Beitragswochen bezugsberechtigt, trotzdem es weniger für den Verband geleistet hat. Hierin liegt im gewissen Sinne eine Zurücksetzung der älteren Mitglieder, welche vermieden werden müßte. Deswegen sollte man die Karenzzeit von 104 Beitragswochen auf 52 Beitragswochen herabsetzen. Als Ausgleich hierfür könnte man dann die in § 1 vorgesehene Steigerung der Unterstützungssätze erst nach längerer Mitgliedsdauer eintreten lassen und statt 156 Beitragswochen vielleicht 260 setzen und statt 260 Beitragswochen 520.

Sodann möchte ich noch einem in Mitgliederkreisen vorhandenen Wünsche Ausdruck geben: das Verbandsorgan wieder im alten Format, oder wenigstens vierseitig in alter Größe herauszugeben. Das Verbandsorgan soll den Verband nach außen hin darstellen. Das jetzige Format macht keinen Eindruck. Das Verbandsorgan kann in der heutigen Zeit, wo so viel Aufklärung notwendig ist, seiner Aufgabe nicht gerecht werden. Wenn über wichtige Begebenheiten an den einzelnen Orten berichtet werden soll, was doch auch zugehen muß, um Anregungen für die Mitglieder zu geben, kann das nur auf Kosten des übrigen Lesestoffes geschehen. Dann muß auch mehr Rücksicht auf die Kolleginnen, deren wir heute viel im Verbands haben, genommen werden. Das Lesebedarfnis der Kolleginnen ist ein anderes, wie das der Kollegen. Vielleicht könnte eine Seite des Organs speziell für die Kolleginnen geschrieben werden. Die Mehrkosten für die Ausgestaltung des Verbandsorgans dürfen wir nicht scheuen, da Schulung und Aufklärung not tut.

G. G. in Thon.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Gescher i. W. (Große Zeit — kleines Geschlecht!) Wir berichteten vor einiger Zeit über die Gründung einer Ortsgruppe in Gescher. Daß unsere Firma, die Firma Häster, die einzige, welche z. Bt. am Orte in Betracht kommt, kein „Freund“ des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ihrer Arbeiter ist, haben wir immer gewußt. Jedoch hat die Firma jetzt zu einer Maßnahme gegriffen, welche nicht entschieden genug beurteilt werden kann, und welche zur Erbitterung unter der Arbeiterschaft geführt hat. Wenn man auch in früheren Jahren wohl davon gehört hat, daß Arbeitgeber ihnen mißliebige Arbeiter kurzerhand „den Stuhl vor die Türe setzen“, so hat man während der Kriegszeit doch hier zu Lande kaum davon gehört. Zu einer solchen Maßnahme in dieser harten Kriegszeit zu greifen, blieb der Firma Häster vorbehalten. Hatten doch die Arbeiter in Gescher den Mut gehabt, sich dem christlichen Textilarbeiterverbände anzuschließen. Das war mehr, als die noch nichts gewohnte Firma vertragen konnte. „Der See fing an zu rasen und forderte sein Opfer!“ Dieses Opfer war der Kollege Ubbenhorst, der sich an die Spitze der Ortsgruppe gestellt hatte. Er hat 30 Jahre lang bei der Firma gearbeitet, ohne „Strafe“ zu bekommen. Jetzt mußte er gehen, und zwar wegen seines Eintretens für den Verband. Die Firma freitet das zwar ab: Tatsache ist aber, daß Ubbenhorst weder in irgend einer Sache verwahrt worden ist, noch etwas, was ihm hinsichtlich der Arbeit aufgetragen wurde, verweigert hat. Es bleibt also bestehen, daß es sich um eine rücksichtslose Maßregelung handelt. Jegere hat nun natürlich die entgegengesetzte Wirkung, als wie die Firma beabsichtigte. Die Arbeiter lassen sich durch solche Ungerechtigkeiten nicht einschüchtern, sondern ersehen gerade daraus, was ihnen nützt. Die harte Kriegszeit sollte wirklich nicht dazu angetan sein, Arbeiter, welche 30 Jahre lang auf ihrem Plage stehen und ihre Pflicht tun, auf die Straße zu setzen, bloß deshalb, weil dieselben den Mut haben, das zu tun, was heute jeder Stand tut. Das letzte Wort dürfte deshalb in der Angelegenheit auch noch nicht gesprochen sein.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die am 1. und 2. September stattfindende Verbandsgeneralversammlung, müssen die Quartalsabrechnungen diesmal rechtzeitig eingefandt werden. Die Ortsgruppenvorstände werden daher gebeten, spätestens bis 8. Juli die Abrechnungen einzufenden.

Versammlungskalender.

Derschlag. 7. Juli, 1/5 Uhr, im Lokale „Westfälischer Hof“, Carl Jäger.
 Euenheim. 7. Juli, 4 Uhr, Generalversammlung.
 Eustirchen. 6. Juli, 8 Uhr, im Lokale Ww. Müsch, Generalvslg.
 M.-Glabach-Holt. 14. Juli, 11 Uhr, im Lokale Gustav Kremer, Generalversammlung.
 Krefeld. 14. Juli, 11 Uhr, Versammlung in der Weberunion. Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung.
 Stohheim. 7. Juli, 1/11 Uhr, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Glied eines Ganzen! — Artikel: Die Entlohnungsarten in der Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Mindestlohnes. — Unerbört! — Die Preisfrage für Papiergewebe. — Allgemeines Rundschau: Die Kleiderabgabe und Beschlagsnahme. — Verteuertes Brot. — Höchstpreise für Holzschuhe. — Noch nicht genügend bekannt. — Aus unserer Industrie: Die Verwendung und die Ausfichten der Papiergewebe. — Verbrauch der Textilwaren in den verschiedenen Ländern. — Aus unserer Bewegung: Saint-Großpostwitz i. Sachsen. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Gescher i. W. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Bernhard Otte,
 Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.